

Sitzung Nr. 11 vom 17. November 2020

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Sandra Sieber (Ersatz) Konrad Schleiss Reto Gasser Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Fabian Affolter Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Nicole Hirt
Entschuldigt	Robert Gerber
Anwesend von Amtes wegen	Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Aquil Briggen, Stadtbaumeister Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt David Baumgartner, Finanzverwalter Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 20:45 Uhr
TRAKTANDEN	(2686 - 2694)
1	Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 27. Oktober 2020 (GR-Beschlüsse Nr. 2679 und 2680): Genehmigung im Hinblick auf die Gemeindeversammlung vom 2. Dezember 2020

- | | | |
|----|------|--|
| 2 | 2686 | Friedensrichteramt Grenchen: Friedensrichter/-in, Demission von Daniel Trummer, Ersatzwahl (Vittorio Zanon, FDP.Die Liberalen) |
| 3 | 2687 | Genehmigung des Pensenantrags an den Kanton für das Schuljahr 2021/2022 |
| 4 | 2688 | Agglomerationsprogramm Grenchen: Stellungnahme des Gemeinderats Grenchen |
| 5 | 2689 | FV: Reorganisation mit Aufstockung Pensen-Etat um 20 Stellen% |
| 6 | 2690 | Unbefristete Pensenerhöh. 50% Einwohnerkontrolle – Budget 2021 |
| 7 | 2691 | SWG: Pflichtenheft und Vergütung für das Nominations- und Governance-Komitee (NGK) |
| 8 | 2692 | Personalkommission: Bestätigung eines Mitglieds (Vorschlag VSPB: Christine Schneeberger) |
| 9 | 2693 | Mitteilungen und Verschiedenes |
| 10 | 2694 | VERTRAULICH |

- o -

Die GR-Beschlüsse Nr. 2679 und 2680 der Sitzung Nr. 10 vom 27. Oktober 2020 werden genehmigt.

- o -

Friedensrichteramt Grenchen: Friedensrichter/-in, Demission von Daniel Trummer, Ersatzwahl (Vittorio Zanon, FDP.Die Liberalen)

Vorlage: KZL/29.10.2020

- 1 Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 2 Vorstellung des Kandidaten
 - 2.1 Vittorio Zanon erläutert kurz seinen Werdegang und die Motivation für seine Bewerbung.
- 3 Eintreten
 - 3.1 Wie Gemeinderätin Angela Kummer ausführt, war das Amt des Friedensrichters traditionell in der Hand der SP. Das war Jahrzehnte lang so. Aktuell findet die SP, dass dies immer weniger ein politisches Amt sein sollte und es viel besser ist, wenn das jemand macht, der möglichst neutral ist und auch eine entsprechende Ausbildung hat. Das hat man mit Vittorio Zanon natürlich vorliegend. Die Unterstützung seitens der SP ist ihm daher gewiss, weil er viel Erfahrung mitbringt und die Sache möglichst wenig von politischer, sondern viel mehr von meditativer Seite anschauen kann.
 - 3.2 François Scheidegger erinnert sich, dass Vittorio Zanon einmal auf einer Kantonsratsliste der FDP war. Das ist aber lange her. Soviel er weiss, ist er jetzt nicht mehr gross politisch aktiv. Er ist ebenfalls der Meinung, dass die Parteizugehörigkeit keine Rolle spielt. Wichtig ist, dass man eine gute Kandidatur hat.
 - 3.3 Vittorio Zanon erklärt, dass er als Vertreter der FDP einmal Mitglied des in zwischen aufgehobenen Informatikausschusses der Stadt war.
 - 3.4 Es ist in der Tat so, meint Gemeinderat Reto Gasser, dass es absolut keine Rolle spielt, in welcher Partei der Friedensrichter jetzt ist. Er erhebt Kritik am Friedensrichteramt als solches. Hier kann die Gemeinde aber nichts machen. Das Friedensrichteramt ist veraltet. Im Kanton Solothurn hat er leider immer noch die Kompetenz in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten. Das hat zur Folge, dass man mit hochkomplexen Fällen vor dem Friedensrichter landet und dieser schon von Vornherein aufgibt. Man merkt, dass der Friedensrichter bei dieser Komplexität fast überfordert ist. Dann stellt sich die Frage, ob er noch motiviert ist, in meditativer Art und Weise eine Lösung zu suchen, wie das Vittorio Zanon machen kann. Denn darauf kommt es an.

Es braucht keinen Juristen für das Amt, sondern jemanden, der sich reinbeisst und versucht, so gut wie es geht, eine Lösung zu erwirken. In diesem Sinne kann man froh sein, wenn man jemanden hat, der diese Voraussetzungen mitbringt. Es stimmt, dass Vittorio Zanon in der Partei ist, Reto Gasser hat ihn aber noch nie gesehen. Er ist wohl in den letzten 12 Jahren nicht mehr besonders aktiv in Erscheinung getreten.

Eintreten wird beschlossen.

4. Wahl

4.1 François Scheidegger beantragt eine offene Wahl, da es sich um einen Einer-Vorschlag handelt.

4.2 In der nachfolgenden Wahl wird Vittorio Zanon einstimmig als Friedensrichter gewählt.

Gestützt auf das obige Wahlergebnis erfolgt folgender

5 Beschluss

5.1 Die Demission von Friedensrichter Daniel Trummer, Lindenstrasse 37, 2540 Grenchen, werden unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.

5.2 Vittorio Zanon, Gummenweg 16, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2018 - 2021 als Friedensrichter gewählt. Der Amtsantritt erfolgt per 1. Januar 2021.

Zu eröffnen an: - Vittorio Zanon, Gummenweg 16, 2540 Grenchen
 - Daniel Trummer, Lindenstrasse 37, 2540 Grenchen
 - Ortsparteien

Vollzug: KZL / Stadtpräsidium (Vereidigung)

Stadtpräsidium
 PA
 FV
 KZL (Behördenverzeichnis)
 Amtsgericht Solothurn-Lebern
 Oberamt Solothurn-Lebern

1.2.1 / acs

Genehmigung des Pensenantrags an den Kanton für das Schuljahr 2021/2022

Vorlage: SL/SV / 27.10.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Die SP-Fraktion, so Gemeinderätin Angela Kummer, kann den Pensenantrag so genehmigen, ist aber schon ein wenig über das Wachstum erschrocken. Im Zahlenvergleich stellt man fest, dass man letztes Jahr von einem Wachstum von plus 40 Kindern ausgegangen ist, jetzt ist man bei plus 72 Kindern. Man hat es aber nicht nur mit Zuzügen, sondern auch mit Wegzügen zu tun. Die Fluktuation ist recht gross. Sie möchte festhalten, dass die Planung hier extrem schwierig ist, und den Schulen ein Kränzchen winden, dass sie das möglichst gut zu verteilen versuchen. Dazu kommt noch, dass alle Klassen in etwa gleich gross sein sollten. Die SP hofft sehr und ist auch guter Dinge, dass bei der Schulraumplanung entsprechende Fortschritte gemacht werden können und genügend Weitsicht hineingebracht wird. Der Raum, aber auch die Anzahl Klassen sind schwierige Kriterien.

- 2.2 Gemäss Hubert Bläsi rechnet man mit den Kindern, die geboren sind und von denen man weiss, dass sie zu gegebener Zeit in den Kindergarten eintreten werden. Die Zahl, die hier erwähnt ist, ist die Zahl, die sich ergibt, wenn man das Dokument erstellt. Man kann nicht abschätzen, was die rege Bautätigkeit für Folgen hat. Wenn plötzlich 70 Wohnungen mehr entstehen, kann man sich vorstellen, dass dies auch zu mehr Kindern in den Schulen führt. Bei der Schulraumplanung ist man darauf angewiesen, dass man den Raum auf den Zeitpunkt, wo ihn braucht, auch zur Verfügung hat, denn die Kinder stehen vor der Türe und müssen entsprechend beschult werden. Für die Schulen ist wichtig, dass dies so funktioniert.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Pensenantrag der Schulen Grenchen für das Schuljahr 2021/2022 zuhanden des Kantons wird genehmigt.

Vollzug: GLSG

GLSG
FV

2.0.0 / acs

Agglomerationsprogramm Grenchen: Stellungnahme des Gemeinderats Grenchen

Vorlage: BD/04.11.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Marc Willemin ausführt, unterstützt die SVP-Fraktion das Agglomerationsprogramm. Wichtig ist für sie, dass Grenchen mit den umliegenden Orten, vor allem Bettlach und Lengnau, aber auch mit den Gemeinden jenseits der Aare, gut vernetzt ist. Ihr Dank geht an alle für die immense Arbeit. Sie wird der Vorlage zustimmen.
- 2.2 Die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Peter Brotschi, hat keine weiteren Bemerkungen und dankt für die geleistete Vorarbeit. Hier steckt sehr viel Gedankenarbeit drin. Die Vernetzung mit den Nachbargemeinden ist wichtig. Die CVP stimmt dem zu.
- 2.3 Gemeinderat Daniel Hafner dankt namens der SP-Fraktion ebenfalls für den Einsatz und das erfolgreich gestartete Projekt. Eines ist ihr noch wichtig: Die Stadt Grenchen beklagt sich immer ein wenig, dass sie auf der nationalen und kantonalen Landkarte eine zu kleine Rolle spielt. Das Agglomerationsprogramm ist ein wichtiger Schritt dazu, dass man den Wirtschaftsstandort Grenchen mit den Gemeinden Lengnau und Bettlach auch wahrnimmt. Dieser ist insbesondere auch für den Kanton sehr wichtig. Das wird immer etwas unterschätzt. Mit dem Agglomerationsprogramm erscheint man dort auf der Landkarte. Es ist ein kleines, aber nicht unwesentliches Agglomerationsprogramm. Es ist unerlässlich, dass man das auch im Bewusstsein der Nachbargemeinden implementiert. Wenn er hört, dass in Bettlach moniert wird, dass man nicht profitiert, hat man dort vielleicht nicht ganz verstanden, worum es im Agglomerationsprogramm geht. Im Agglomerationsprogramm gibt es eine Kerngemeinde - die Stadt Grenchen. Wenn es der Kerngemeinde administrativ, infrastrukturell und verkehrstechnisch (Anbindung an Fernverkehrszugnetz, Autobahn und Flughafen) gut geht, bedeutet das auch immer einen Vorteil für die Nachbargemeinden. Deshalb ist es entscheidend, dass man hier am Ball bleibt. Er bedauert, dass man erst im Jahr 2022 mit dem überfälligen Umbau des Bahnhofplatzes beginnen will. Aber wenn es dann so ist, wird die Stadt in finanzieller Hinsicht auch einen gewissen Obolus kriegen und der ist ja nicht ganz unwesentlich. In diesem Sinne steht die SP ganz klar hinter dem Agglomerationsprogramm 4. Generation und sichert ihre Unterstützung zu.

- 2.4 Gemäss Gemeinderat Konrad Schleiss steht auch die FDP-Fraktion klar hinter dem Agglomerationsprogramm und findet den Bericht und die Massnahmen von über 100 Seiten eine sehr gute Basis für die zukünftige Entwicklung der Agglomeration mit der Kernstadt Grenchen. Sie unterstützt die Strategien und Massnahmen. Hier wurde sehr gute Vorarbeit geleistet. Er möchte noch in Erinnerung rufen, dass man damit quasi grünes Licht für eine grosse Entwicklungsarbeit in der nächsten Generation gibt. Mit diesen umfassenden Massnahmen und Strategien wird sehr viel Entwicklung vorgeben, wie es nachher weitergehen soll. Hier gehört für Bettlach u.a. dazu, dass, wenn man den Topentwicklungsstandort bauen kann, das nur im Rahmen des Agglomerationsprogramms geht und dort ist Bettlach ein Teil davon. Es ist einfach gerade jetzt nicht aktuell. Das ist halt die Eigenart von solchen Entwicklungen. Man plant für die nächste Generation. Was jetzt angedacht wird, wird in zehn Jahren oder noch später geerntet werden können. In diesem Sinne ist es ganz wichtig, dass man vorausschauend, wie man das Projekt finanziell stemmen, die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten verteilen, die Investitionen in den Finanzplan aufnehmen und sie im Vierjahresrhythmus richtig portioniert kann, damit es für die Stadt verträglich ist. In Olten beläuft sich das Investitionsvolumen für den neuen Bahnhof auf rund 50 Millionen Franken. Es ist allen klar im Rat, dass dies für Grenchen in der Finanzierung so nicht machbar ist. Er bittet den Gemeinderat, nah an der Geschichte dran zu bleiben und daran zu denken, dass die weitere Entwicklung und Planung Ressourcen braucht. Man muss vor Ort etwas machen. Der Bericht wurde bisher überwiegend durch Ingenieurbüros erstellt, aber in den nächsten Jahren müssen mehr Leistungen vor Ort in den beteiligten Gemeinden erbracht werden, damit es wirklich das Agglomerationsprogramm Grenchen wird. Die FDP findet, dass es grundsätzlich eine ausgezeichnete Grundlage ist, und dankt für die Arbeit.
- 2.5 Gemeinderätin Nicole Hirt meint, dass alles gesagt wurde. Die glp dankt für die geleistete Arbeit und unterstützt die Strategien und Massnahmen des Agglomerationsprogramms 4. Generation.
- 2.6 Gemeinderat Richard Ascheberger bittet Aquil Briggen zu erklären, weshalb man jetzt schon eine Kostenüberschreitung sieht. Was ist der Grund dafür?
- 2.6.1 Laut Aquil Briggen sind bis jetzt immer Rechnungen für die Auswände der Ingenieurbüros gekommen. Sie haben bereits im Juni 2020 angekündigt, dass es wohl eng wird. Dies wurde im August nochmals bestätigt. Diese Woche kam die Information, dass das Geld mit dem jetzigen Stand aufgebraucht ist und der gesprochene Kredit den Aufwand für die Sitzung, die es noch für die Konsolidierung braucht, nicht mehr decken wird. Die Baudirektion wird jetzt schauen, wie viel das genau ist. Das weiss man noch nicht, da es sich um kommende Arbeiten handelt. Es ist auch zu prüfen, wie die Kosten gemäss Verteilschlüssel auf die vier Parteien aufgeteilt werden können. Bisher wurden die zwei grösseren Teile vom Kanton und von der Stadt Grenchen und die zwei kleineren Teile von den Gemeinden Bettlach und Lengnau bezahlt. Es geht um ca. CHF 10'000 bis CHF 25'000.00, die dann noch auf vier Parteien aufgeteilt werden.
- Eintreten wird beschlossen.
- 3 Detailberatung
- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Gemeinderat unterstützt die Strategien und Massnahmen des Agglomerationsprogramms Grenchen 4. Generation (Stand August 2020).

Vollzug: Aggloverein, BD

BD
Gemeindepräsidium Bettlach
Gemeindepräsidium Lengnau

7.9.1 / acs

FV: Reorganisation mit Aufstockung Pensen-Etat um 20 Stellen%

Vorlage: F, I + EWD/26.10.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Finanzverwalter David Baumgartner fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Alexander Kaufmann ausführt, beinhaltet die Vorlage eine nötige Pensenaufstockung um 20 Stellen%, welche jedoch keine Mehrkosten zur Folge hat. Das hat nichts mit Zauberei zu tun. Durch die clevere Reorganisation im Zusammenhang mit der Nachfolgelösung ist diese Lösung möglich. Positiv zu erwähnen ist auch die Feststellung, dass bewährte Mitarbeiterinnen trotz Schwangerschaftsurlaub wieder die Möglichkeit erhalten, mit einer Teilzeitleistung von 40 % in das Berufsleben einzusteigen. Dies entspricht zeitgemässen Anstellungsbedingungen. Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge gemäss Beschlussesentwurf.

- 2.2 Gemäss Gemeinderat Richard Aschberger hat die SVP-Fraktion die Vorlage eingehend in der Fraktion diskutiert und als sehr komplex und verschachtelt wahrgenommen. Das Wichtigste ist aber unter Ziff. 2.9 zu finden. Man soll angeblich knapp 100'000 Franken einsparen können, ohne Leistungsabbau. Das hat bei der SVP dann eben zu den Diskussionen geführt, auch wie man unter Ziff. 2.6 erwähnen kann, dass man 20 % einfach so auf andere Stellen umlagern kann. Von dem her war da offenbar immer eine gewisse Reserve drin. Was die Fraktion dann gestört hat und wo sie seit Jahren immer an eine Wand rennt und was sie endgültig satt hat: Sie erhält bei keiner Personalvorlage einen Überblick, was Ausfälle, Ferienguthaben, Überzeit und Überstunden angeht. Alle hier im Rat erinnern sich, dass er beim Budget im letzten Gemeinderat gesagt hat, dass man hier vom Kanton her eine ganz andere Transparenz gewohnt ist. Man ist im Blindflug unterwegs und soll auch heute wieder Stellen genehmigen, dieses ewige Salamtaktieren. Die Vorlage jetzt hätte man mit der Verschiebung der Teilstelle in die Schulverwaltung kombinieren müssen, das hätte es auch lesbarer gemacht. Die SVP gibt auch noch mit auf den Weg, dass jüngere Personen zwar günstiger sind, aber die steigen natürlich auf und sind im staatlichen System ja tipptopp eingebunden, was die automatischen Stufenanstiege angeht. Von dem her sind so Punktobservationen von Kalkulationen immer mit Vorsicht zu geniessen. Aber wie gesagt, die SVP verlässt sich auf Ziff. 2.9 und genehmigt die Anträge ohne jegliche Freude, weil es halt doch eine Aufstockung ist.

- 2.3 Gemäss David Baumgartner stimmt die Aussage, dass die Kosten in Zukunft wieder zunehmen werden, nur teilweise. Denn man muss beachten, dass man in Zukunft tiefere Lohnklassen hat. Man spricht nicht mehr von einer Kaderfunktion. Man hat eine Sachbearbeiterin, die Teile der Aufgaben einer bestehenden Kadermitarbeiterin übernimmt. Verglichen mit den aktuellen Kosten wird man langfristig günstiger fahren.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Es wird eine neue 100%-Stelle *Sachbearbeiterin Rechnungswesen* Nr. 336 in der Finanzverwaltung per 01.01.2021 geschaffen.
- 4.2 Die Stelle wird in die Endklasse 10 eingereiht.
- 4.3 Die Stelle *Stellvertretende Leiterin Rechnungswesen* (Stelle Nr. 338) wird per 01.01.2021 von 100%- auf 40%-Pensum reduziert.
- 4.4 Die Stelle *Sachbearbeiterin Lohnadministration* (Stelle Nr. 346) wird per 01.03.2021 aufgehoben.
- 4.5 Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die Reorganisation im Budget der Finanzverwaltung 2020 wie auch 2021 keine Mehrkosten entstehen.

Vollzug: FV, PA

FV
PA

0.2.2 / acs

Unbefristete Pensenerhöh. 50% Einwohnerkontrolle – Budget 2021

Vorlage: F, I + EWD/30.10.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Finanzverwalter David Baumgartner fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Vorlage, so Gemeinderat Matthias Meier, hat die Arbeitsbelastung auf der Einwohnerkontrolle ein Ausmass angenommen, welches so von den Mitarbeiterinnen auf Dauer nicht mehr gestemmt werden kann. Nun haben sich bei der CVP-Fraktion gewisse Fragen ergeben, welche sie gerne beantwortet haben möchte. Der Wechsel des TV- und Radiogebühreneintreibers Billag zur SERAFE ist allen aus der Presse bestens bekannt. Dabei wurden grosse Mängel an den vorhandenen Daten festgestellt, welche nun die Einwohnergemeinden ausbaden dürfen. Dabei stellt sich für die CVP die Frage, ob sich der momentan zu leistende Zusatzaufwand nicht in naher Zukunft wieder legen wird. Des Weiteren fragt sie sich auch, ob es tatsächlich nach der COVID-19-Krise zu einer Zunahme der Arbeitskräfte aus den EU-Staaten kommen wird. Denn die Wirtschaft wird eher weniger Arbeitsplätze anbieten können als heute. Auch geht sie davon aus, dass COVID-19 die Gesellschaft noch lange beschäftigen wird und bis man zur alten Normalität zurückkehren kann, wird es noch einmal länger dauern. Dies alles würde dafür sprechen, dass eher weniger Arbeitsaufwand als befürchtet auf der Einwohnerkontrolle anfallen wird. Daher plädiert die CVP anstelle einer unbefristeten Pensenerhöhung, diese auf zwei Jahre zu befristen. Eine letzte Frage betrifft noch die Möglichkeit einer „Register-Harmonisierung“ der SWG, GAG und Einwohnergemeinde, welche zu einer effizienten und einfacheren Nutzung sowie schlussendlich zu einer Kosteneinsparung führen würde. Ist so etwas machbar? (Er weiss, dass es wegen des Datenschutzes immer heikel ist). Zu guter Letzt begrüsst die CVP die eigene „Nachwuchsförderung“ zur Besetzung der Stelle mit einer ehemaligen Lernenden der Stadt Grenchen. Die CVP ist für Eintreten und wird dementsprechend einen Antrag stellen.
- 2.2 Wie Gemeinderat Reto Gasser namens der FDP-Fraktion ausführt, sieht man hier indirekte gebundene Ausgaben. Es sind Ausgaben, die man nicht oder nur minim selbst steuern kann. Er bittet die CVP- Fraktion, nicht so pessimistisch zu sein. COVID-19 ist da, aber das Virus geht hoffentlich bald wieder, und er hofft doch schwer, dass Mitarbeitende der Firmen Biogen, Luterbach, und CSL Behring, Lengnau, auch ihren Weg nach Grenchen finden. Man möchte, dass genau solche Personen, die qualitativ etwas bringen, hier Wohnsitz nehmen und nicht irgendwelche Leute, die nach Grenchen zur

Arbeit pendeln, die Infrastruktur beanspruchen und dann wieder an ihren Wohnort zurückkehren. Hier darf man nicht zu pessimistisch eingestellt sein. In diesem Sinne ist die FDP natürlich nicht erfreut über die Pensenerhöhung, aber man kann sich nicht dagegen wehren, dass man Mehrarbeit hat und die Pensen aufstocken muss. Er geht nicht davon aus, dass man sagen könnte, dass es in zwei Jahren wieder anders wäre und man dann wieder über die Bücher gehen müsste. Der Bedarf für die zusätzlichen 50 Stellenprozente ist da. Die Finanzverwaltung zeigt in der Vorlage auf, dass die Einwohnerkontrolle langsam zum Profitcenter wird, immerhin haben sich die Einnahmen aufgrund der neuen Gebührenordnung von jährlich rund CHF 75'000.00 auf CHF 146'000.00 fast verdoppelt. Man kann hier wahrscheinlich gar keinen grossen Einfluss nehmen. Die Zuzüger verursachen Arbeitsaufwand bei der Stadt. Dem muss man Rechnung tragen und kann nicht meinen, dass sich das personell nicht auswirkt. Die FDP ist für Eintreten und wird den Anträgen zustimmen.

- 2.3 Gemäss Gemeinderat Richard Aschberger hat die Vorlage in der SVP-Fraktion noch mehr Fragen aufgeworfen als beim letzten Traktandum, daher hat sie hier noch offene Fragen. Auch hier wieder: Sie verfügt über keine Zahlen und Fakten, was die angesprochene Überlastung angeht. Einen Ausweis betreffend Überstunden sieht sie auch hier nicht. Beim Kanton sieht man bei den Semesterberichten exakt, wie viele Dossiers bearbeitet werden, ob man in Rückstand fällt etc. Hier: Blackbox einmal mehr.

Dann zu den Fragen: Wenn man die Stelle nun genehmigt, was passiert mit den Schalteröffnungszeiten? Sind die weiterhin reduziert? Falls sie es noch sind, werden diese dann wieder bürgerfreundlich gemacht? Der Unmut in der Bevölkerung über die Einschränkung des Service public wurde sicher nicht nur bei der SVP deponiert.

Unter Ziff. 1.1.4 der Vorlage wird der massive Zusatzaufwand erwähnt, den Personen verursachen. Wenn jemand Unterlagen unvollständig abgibt, obwohl alles auf Merkblättern vermerkt ist, wird der Zusatzaufwand in Rechnung gestellt wie in jeder halbwegs normalen Firma? Oder macht man das einfach und die Allgemeinheit bezahlt für die Verfehlungen und Bequemlichkeit von Einzelpersonen?

Die SVP unterstützt den Antrag der CVP, die Stelle zu befristen. Corona geht irgendwann zu Ende und die Digitalisierung muss ja auch einmal etwas bringen anstatt Doppelspurigkeiten und höhere Kosten. Eintreten ist nicht bestritten. Falls die Stelle nicht befristet wird, lehnt die SVP die Vorlage ab.

Noch eine Anmerkung zum Sprecher der FDP: Die SVP wäre auch gerne optimistischer, aber man wird die Nachwirkungen sicher noch ein bis zwei Jahre spüren. Mit den Firmen Biogen, CSL Behring etc., hat man im besten Fall zusammen plus 400 Arbeitsplätze, kumuliert über die nächsten drei Jahre an beiden Standorten. Er verweist darauf, dass Grenchen eine doppelt so hohe Arbeitslosenquote wie der Kanton hat. Man sollte schauen, dass man für die Leute, die hier sind (z.B. aus der Uhren- und Zulieferindustrie) und jetzt arbeitslos werden, wieder einen Job hat, anstatt dass man Leute aus dem Ausland „importiert“ und dann gleichzeitig Arbeitslose hat. Das ist nicht so der schlaue Weg. David Baumgartner hat angemerkt, dass die Städte Olten und Solothurn deutlich mehr Personal zur Verfügung haben. Das ist für die SVP kein Massstab. Es zählt die Effizienz. Grenchen ist bei der Dossierbearbeitung nicht im Rückstand, auch jetzt mit Corona nicht. Demensprechend arbeitet Grenchen effizienter als die beiden anderen Städte. Das ist gut und recht. Das ist kein Freipass, dass man Stellen à gogo erhöht.

- 2.4 Es wurde gesagt, so Gemeinderat Daniel Hafner, dass der Fokus gemäss KOMPASS auf Leben und Wohnen ist und das generiert tatsächlich Zuwanderung, was grundsätzlich einmal positiv ist. Die Bemerkung von Richard Aschberger, dass man Arbeitslose in entsprechenden Unternehmungen integrieren soll, hat er vernommen, aber man lebt in einem freien Markt und hat eine globalisierten Welt und entsprechend muss man qualifizierte Arbeitskräfte für den globalisierten Markt haben. Er hat persönlich mit sehr vielen Zuzüglern bezüglich Mobilitätsberatung Kontakt und stellt auch fest, dass man eine unglaubliche Internationalisierung von Bewohnern in der Stadt hat. Dass das zusätzlichen Aufwand generiert, ist selbstredend. Er hat das Gefühl, dass die Stadtverwaltung professionell arbeitet. Wenn man den Service public einschränken muss, ist das sehr bedauerlich, aber er geht schwer davon aus, dass dies auf einer Management-Massnahme basiert, die notwendig ist. Anderenfalls würde man unterstellen, dass sich die Mitarbeitenden einen schönen Tag im Stadthaus machen und entsprechend ihren Job nicht ausführen. Das findet er relativ heikel, weil man ein grösseres Volumen an Zuwanderung und komplexere Zuwanderungsdossiers hat, was zu Mehraufwand führt, den man bewältigen muss. Das sollte man nicht auf Kosten der Mitarbeitenden machen. Auch die SP findet, dass man die Gebühren verursachergerecht erheben soll, d.h. mit den Gebühren sollen die Kosten bezahlt werden, die von den Bezüglern der Leistung verursacht werden. Es muss ein Nullsummenspiel, eine Kostenneutralität angestrebt werden. Er fragt sich z.B. bei der Hundesteuer, ob diese die Aufwände, die sie hervorruft, deckt. Ihm fällt auf, dass es „gefühl“ immer mehr Hunde in der Stadt hat. Wenn die Stadt das auch noch mitfinanziert, fragt er sich dann schon. Das Gleiche gilt für unvollständig eingereichte Dossiers. Dort sollte man die Gebühren so gestalten, dass man als Stadt nicht draufzahlt.
- 2.5 Gemäss Reto Gasser ist COVID-19 irgendeinmal vorbei und er hofft, dass dann die Durchlässigkeit wieder erhöht wird. Oder ist die Meinung, dass man eine Mauer um die Stadt Grenchen macht und bei 16'000 Einwohnern bleibt? Die Überalterung der Bevölkerung ist ein Problem, irgendeinmal hat man keinen Nachwuchs mehr. Man sollte keine Angst vor Zuwanderung haben. Er spricht nicht von Zuwanderung, die nicht erwünscht ist. Es gibt durchaus qualitativ gute Zuwanderung. Er ist schon etwas schockiert über die Wortwahl von Richard Aschberger, der gesagt hat, dass man Leute aus dem Ausland „importiert“. Vieh wird heute vielleicht noch importiert. Die Wortwahl sagt, dass irgendwelches Gesindel reinkommt, man sich abschotten will und gegen eine Zuwanderung aus dem Ausland ist. Es ist eine Angstmacherei, wie man sie natürlich von der SVP kennt und die jetzt auf die lokale Ebene heruntergebrochen wird. Man soll jetzt hier nicht Pessimismus verbreiten und sagen, dass man in fünf Jahren wieder mit der Stelle runtergeht. Er persönlich hofft, dass die Zuwanderung zunimmt.
- 2.6 Laut Gemeinderätin Nicole Hirt spricht man hier immer vom Sparen und fast in jedem Gemeinderat gibt es irgendwelche Pensenerhöhungen. Der SVP-Sprecher hat es angesprochen, dass es jedes Mal mehr oder weniger Blackboxes sind. Sie kann zeigen, was der Kanton alles präsentiert und wie transparent er in Sachen statistische Messgrössen, Personalkennzahlen ist. Dort wissen alle, was in jedem Amt Sache ist. In Grenchen ist das offenbar nicht möglich. Warum man die beantragte Stelle nicht befristen kann, ist ihr ein Rätsel. Reto Gasser sagt, dass COVID-19 einmal vorbei ist. Sie sieht es etwas anders. Wenn COVID-19 durch ist, kommt vielleicht COVID-21. Aber gesetzt den Fall, dass es so positiv kommt und COVID-19 dann tatsächlich vorbei ist, kann man immer noch schauen, wie es weitergeht. Im Moment sieht sie absolut keinen Grund, warum man eine unbefristete Stelle schaffen soll. Es macht keinen Sinn.

In einem Jahr kann man darüber diskutieren, aber Stand heute wird sie dem nicht zustimmen. Die gIp wird den Antrag der CVP auf Befristung unterstützen. Wenn dieser nicht durchkommt, wird sie die Stellenerhöhung ablehnen.

2.7 Gemeinderat Peter Brotschi möchte ein Argument hören, das gegen eine Befristung der Pensenerhöhung spricht. Man lebt wirklich in einer volatilen Zeit. Es kann niemand sagen, was in 12, 18 oder 24 Monaten ist. Was spricht dagegen, dass man in eineinhalb Jahren nochmals mit einer Vorlage kommt und berichtet, wie es sich entwickelt hat. Dann ist er der Erste, der einer Überführung in eine unbefristete Stelle zustimmt. Es spricht doch jetzt im Moment nichts dagegen, die Stelle zu befristen. Er bittet den Rat, auf den Antrag einzutreten.

2.8 Betreffend Zusatzaufwand für die Geschichte Billag/SERAF gibt Matthias Meier-Moreno zu bedenken, dass sich dieser in Zukunft wieder legen wird. Das ist jetzt am Anfang, wo man einen grossen Aufwand hat, bis das alles abgeklärt ist, aber irgendwann sollte das alles stimmen und dann gibt es nur noch Zu- und Wegzügler, so dass sich der Aufwand wieder legen sollte.

2.8.1 David Baumgartner erklärt, dass die SERAFE-Geschichte im letzten Jahr dazu gekommen ist. Man war damals schon mit einem höheren Arbeitsvolumen unterwegs und hatte bereits Rückstände in der Bearbeitung der Dossiers. Die ganze SERAFE-Geschichte hat dann das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Schalterhalle in der Einwohnerkontrolle war zeitweise so überfüllt, dass man sich kaum noch drehen konnte. In Zeiten von Covid-19 ist so etwas unvorstellbar. Es hat sich nach zwei, drei Monaten wieder auf ein vertretbares Minimum gelegt, aber man hat massiven Zusatzaufwand betrieben, was sich auch in Überstunden niedergeschlagen hat. In der Abteilung hat man aktuell 500 Überstunden. Das ist nicht etwas, was man mit normalen Pensen bewältigen konnte, sondern da sind andere Sachen liegen geblieben. Man konnte nur das nötigste Tagesgeschäft erledigen, die Telefone haben permanent geklingelt und man musste sich um diese Themen kümmern.

Die Frage der Befristung kann man sich selbstverständlich stellen. Aus seiner Optik kann man das machen, er sieht es aber aus den bekannten Gründen nicht, da man seit Jahren extrem am Limit mit den Ressourcen läuft und permanent daran ist, die Abläufe so weit wie möglich zu automatisieren und zu digitalisieren. Auf der anderen Seite hat man es mit quantitativem Wachstum zu tun, das ist grundsätzlich schön. Man kann das sicher befristen, er würde es im Moment aber nicht beantragen. Wenn etwas wieder reduziert werden kann, dann macht man es auch. Das hat man in der Vergangenheit auch schon bewiesen. Es wurden auch schon Stellen abgebaut, wenn man sie mehr brauchte, oder es wurden Stellen reduziert, indem man sie auf andere Funktionen umverteilt hat. Es werden nicht künstlich Stellen generiert, aber man hat einen gesetzlichen Auftrag, der erfüllt werden muss. Man arbeitet mit Hochtouren daran, das Ganze zu optimieren. Er kann versichern, dass er der Erste wäre, der wieder eine Stellenreduktion beantragen würde, wenn man es könnte.

2.8.2 François Scheidegger bestätigt, dass in den letzten Jahren im Stadthaus ziemlich viele Stellen abgebaut wurden.

2.8.3 David Baumgartner ist gerne bereit, den Punkt „Register-Harmonisierung zwischen der SWG, GAG und Einwohnergemeinde“ aufzunehmen und ihn zu prüfen. Er kann aber vorweg sagen, dass man in diesem Zusammenhang den Anforderungen des Datenschutzes gerecht werden muss. Der Datenschutz ist ein riesiges Thema, das einen auch zusätzlich beschäftigt. Man muss mit den Daten so umgehen, dass sie entsprechend geschützt sind.

Das bedeutet auch, dass man zukünftig gerade wegen der Digitalisierung einen deutlichen Mehraufwand haben wird. Die Digitalisierung hat nicht nur eine Entlastung, sondern auch eine Mehrbelastung zur Folge, aber selbstverständlich nimmt man das auf und wird es prüfen. Wenn es Möglichkeiten gibt, wird man hier gerne wieder informieren.

- 2.8.4 Matthias Meier-Moreno bezieht sich auf die Vorlage, wo geschrieben steht, dass es eine Zunahme von Zuzüglern aus den EU-Staaten gibt. Er sieht im Moment nicht, dass es mehr sein sollen. Es geht eher in die andere Richtung, weil man befürchten muss, dass gewisse Geschäfte und Firmen schliessen müssen. Dann kann er sich nicht vorstellen, dass Leute aus dem Ausland in die Schweiz wollen, wenn es ja gar keine Arbeitsplätze gibt. Das steht in einem Missverhältnis. Was ist dort für eine Tendenz?
- 2.8.5 Laut David Baumgartner sieht man aktuell keine grosse Veränderung in der Bewegung. Man sieht es in der Entwicklung der Quellensteuer, da dies auch Leute sind, die Quellensteuern zahlen. In diesem Bereich sieht man aktuell noch keine grossen negativen Auswirkungen, was positiv zu werten ist. Was Covid-19 im Jahr 2021 für einen Einfluss auf die Entwicklung haben wird, kann er nicht sagen.
- 2.9 Richard Aschberger erkundigt sich, ob die Überstunden ausgewiesen werden. Was ist mit den Schalteröffnungszeiten der Einwohnerkontrolle?
- 2.9.1 Man hat, so David Baumgartner, aktuell 500 Überstunden, hauptsächlich generiert aus den letzten zwei Jahren durch die massive Mehrbelastung durch SERAFE und das Wachstum der Stadtbevölkerung (zusätzliche neue Mitbürger, die sich anmelden). Sie zeigen auch, dass man eine Überlast hat. Man ist zwar aktuell mit dem Tagesgeschäft à jour, aber man hat auch noch viele andere Sachen nebenbei, die erledigt werden müssen. Das bleibt meistens etwas länger liegen, was auch nicht gut ist.
- Aufgrund von COVID-19 musste man sich intern neu orientieren und sich überlegen, wie man die Leute im Stadthaus empfangen kann. Er denkt sogar, dass man die Öffnungszeiten erweitert hat. Man hat am Morgen Telefonöffnungszeiten, was aktuell sehr gut funktioniert. Die Leute können anrufen, wenn sie Fragen haben. Die Anrufe werden entgegen genommen und beantwortet. Am Nachmittag können die Leute direkt an den Schalter kommen. Dieses System hat sich während der COVID-19-Monate durchaus bewährt. Man hat an den Schaltern keine oder praktisch keine Reklamation erhalten. Am Anfang gab es die eine oder andere Reklamation, weil noch nicht klar war, wie man die Telefondienstleistungen anbieten will. Dadurch dass es erweitert werden konnte und die Einwohnerkontrolle den ganzen Vormittag telefonisch erreichbar ist, hat man nichts Negatives mehr gehört. Der Systemwechsel hat sich ausbezahlt.
- 2.9.2 Die Schalteröffnungszeiten, so François Scheidegger, sind das eine, aber zuerst muss man die bauliche Situation im Stadthaus ändern. Wenn es grösseren Andrang hat, ist das kein Zustand mehr und wirklich schwierig. Daran arbeitet man auch.
- 2.10 Richard Aschberger möchte wissen, ob man den zusätzlichen Aufwand, der generiert wird, in Rechnung stellen kann.
- 2.10.1 Nach Auffassung von François Scheidegger ist das mit der Generellen Gebührenordnung grundsätzlich möglich.
- 2.10.2 Wie Stadtschreiberin Luzia Meister ausführt, hat man das beim E-Umzug schon so vorgesehen. Man müsste sicher bei den Hauptapplikationen (z.B. E-Umzug, Hundesteuer) deutlicher sagen, dass man den Aufwand in Rechnung stellt, wenn dieses oder jenes nicht korrekt eingereicht wird.

Man will nicht die Gebühren erhöhen, sondern den Aufwand vermindern. Zum Teil nützt eine deutliche Drohung von Mehrgebühren bereits.

- 2.10.3 Laut François Scheidegger ist das allerdings nicht so bürgerfreundlich. Es stellt sich auch immer die Frage der Verhältnismässigkeit, wenn man Kleinstgebühren in Rechnung stellen und sie dann noch eintreiben muss. Die Gemeinde Brislach BL hat entschieden, wegen des Aufwands künftig auf Stempel- und Kleingebühren zu verzichten.
- 2.11 Punkto Hundesteuer möchte Daniel Hafner wissen, ob die Gebühr die Aufwände, die sie generiert, deckt.
- 2.11.1 Gemäss David Baumgartner hat man das Thema Hundesteuer vor drei Jahren untersucht und neu definiert. Die Abgabe muss auch heute noch in Grenchen bezahlt werden. Ein Teil geht an den Kanton (40 Franken). Der Rest bleibt bei der Gemeinde, um die Kosten der Gemeinde zu decken. Die 40 Franken sind nicht nur ein Thema in Grenchen, sondern auch in anderen Gemeinden. Was der Gegenwert vom Kanton für die 40 Franken ist, ist ihm nicht ganz klar. Aber anscheinend gibt es gewisse Gegenleistungen, die erbracht werden, die ihm aber nicht bekannt sind.
- 2.11.2 François Scheidegger meint, dass das etwas wäre, wo man die Kantonsrätinnen und -räte bemühen könnte. Er regt sich schon lange darüber auf. Die 40 Franken, die der Kanton abkassiert, sind mit keiner angemessenen Gegenleistung verbunden. Gebühren müssen kostendeckend und verhältnismässig sein.
- 2.11.3 Laut Nicole Hirt wurde früher deklariert, dass die 40 Franken für die Hundemarke sind (für die Prägung des Metallstücks). Jetzt ist das weggefallen, die Hunde haben keine Plakette mehr und die 40 Franken gehen immer noch an den Kanton. Sie hat nachgefragt und inoffiziell die Antwort erhalten, dass das Geld in den Veterinärdienst fliesst, der bei streunenden Hunden ausrückt. Damit werden die Kosten gedeckt, die verursacht werden.
- 2.11.4 Nach Auffassung von François Scheidegger fehlt hier jeder Sachzusammenhang. Das ist rechtlich nicht zulässig.
- 2.11.5 Peter Brotschi stellt eine Inflation von Hunden fest.
- 2.11.6 Es wäre, so François Scheidegger, noch interessant zu wissen, ob diese alle registriert sind.
- 2.11.7 Es gibt, so Peter Brotschi tatsächlich Hinweise, dass nicht für alle Hunde Steuern bezahlt werden. Offenbar ist das Chippen nicht verlinkt. Die Tierärzte müssen irgendwo melden, dass sie einen Hund gechippt haben, aber es findet keine Verlinkung statt. Er wird sich in dieser Angelegenheit informieren.
- 2.11.8 François Scheidegger weist darauf hin, dass ungefähr 900 Hunde registriert sind, aber wahrscheinlich hat es ein Vielfaches mehr in Grenchen.
- 2.12 Reto Gasser macht beliebt, zuerst abzustimmen, ob man die Stelle will und anschliessend darüber, ob man sie befristen will oder nicht. Peter Brotschi wird das Zünglein an der Waage spielen. Es wird wohl auf einen Entscheid 7 zu 8 oder 8 zu 7 hinauslaufen. Er sieht nicht, dass man nochmals mit einer neuen Vorlage kommt.
- 2.12.1 Gemäss François Scheidegger ist man noch nicht bei den Anträgen.
- 2.13 Richard Aschberger hat noch eine kurze Replik: Er lässt sich natürlich nicht in eine Ecke stellen, in der er nie gewesen ist und auch nie sein wird.

Der Ausdruck „Importieren“ kommt nicht von ihm, sondern von einem der Personalverantwortlichen der grössten Life-Science-Unternehmungen im Kanton an einem Runden Tisch mit der Handelskammer. Er weiss nicht, wie man es jetzt so drehen konnte, als würde er irgendwie abdriften. Ganz im Gegenteil, er hat ein Projekt angeregt via Sozialkommission und Handelskammer, dass man jetzt schaut, dass geschulte Leute, die aus sehr guten Berufen kommen, immer ihre Weiterbildungen gemacht haben und deren Unternehmungen jetzt in Konkurs gegangen sind, mit einer beschleunigten Umschulung in den Life-Science-Bereich (z.B. Biogen oder CSL Behring) hinüberwechseln können. Denn wenn sie die komplette Ausbildung machen müssten, würde dies drei Jahre in Anspruch nehmen und man würde viel Zeit verlieren. Man ist jetzt am Prüfen, ob man das nicht auf sechs oder zwölf Monate runtersetzen könnte. Das ist für die hochspezialisierten Polymechaniker etc., die ihren Job verloren haben, weil diverse Zulieferer in der Region Konkurs gegangen sind. Betreffend Einwanderung ist zu sagen, dass er selbst ein Secondo ist. Er glaubt, dass er sich hier nicht selbst ins Bein schießt.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Anträge und Beschlussesentwurf

3.1.1 Nach Auffassung von François Scheidegger gehören die Ziffern 4.2 und 4.3 eher in die Erwägungen der Vorlage. Er wird nicht darüber abstimmen lassen.

3.1.2 Matthias Meier-Moreno stellt zu Ziffer 4.1 folgenden Abänderungsantrag:
Es wird eine neue Stelle Nr. 22 Sachbearbeiter/in EWK mit 50 Stellenprozent ab 01.01.2021 geschaffen, welche bis 31.12.2022 befristet wird.

3.1.2.1 Gemeinderat Konrad Schleiss findet, dass man in einem zu kleinen Bereich mit einer Befristung agiert. Das ist eher peinlich. Die Stadt Grenchen wächst. Es gibt ständig mehr Einwohner. Man hat im Moment eine ungünstige Infrastruktur. Mit der Befristung sendet man für einen potentiellen Bewerber das Signal aus, dass es nicht sicher für ihn ist. Aus diesen Gründen sollte man auf eine Befristung verzichten, vorwärtsschauen und versuchen, die Infrastruktur und die Online-Dienste zu verbessern. Er würde beliebt machen, dass man es nicht befristet.

3.1.2.2 Daniel Hafner führt selbst auch Personal. David Baumgartner hat vorhin gesagt, dass man schon eine Befristung vornehmen könnte, er in der Tendenz aber eher dagegen ist. Er fand David Baumgartner etwas zurückhaltend. Er würde als Vorsteher sagen, dass es eine Qualitätsfrage ist. Natürlich kann man die Stelle auf zwei Jahre befristen. Er fragt sich aber, ob man dann die entsprechenden Leute findet, die talentiert und motiviert sind. Man muss diskutieren, ob man will, dass so ein Kompromiss auf Kosten der Qualität geht, und möglicherweise Minderqualitäten aufgrund eines befristeten Anstellungsverhältnisses akzeptieren will. Er weiss aus persönlicher Erfahrung, dass Leute mit einem befristeten Arbeitsvertrag weniger motiviert sind als diejenigen, die wissen, dass sie aufgrund ihrer Leistung und ihres Einsatzes eine Zukunft in einer Organisation haben.

3.1.2.3 François Scheidegger kann das nur bestätigen. Er persönlich findet die Befristung von Stellen ein Unding. Das sollte man nur ausnahmsweise machen. Die Frage ist dann immer, wer sich überhaupt auf eine befristete Stellen meldet.

- 3.1.2.4 Wenn man ihm zugehört hat, so Matthias Meier-Moreno, hat man verstanden, dass er gesagt hat, dass er es sehr löblich findet, dass man eine ehemalige Auszubildende in der Stadtverwaltung für den Job vorsieht. Für so eine Person ist es eine Chance, Fuss zu fassen. Wenn die Entwicklung in eine positive Richtung geht, wie es vorhin aufgezeigt wurde, dann ist es ja gut so und die Person kann sie zeigen, dass sie etwas auf dem Kasten hat. Dann besteht auch die Chance, dass man die Befristung in eineinhalb Jahren aufheben und die Person dort weiterarbeiten kann. Er sieht nirgends ein Problem oder ein negatives Zeichen. Man muss ein wenig vorsichtig an die Situation herangehen und es realistisch anschauen. Man soll jetzt darüber abstimmen, dann wird man sehen, wie es herauskommt.
- 3.1.2.5 Reto Gasser findet es nicht gut, wenn man eine Stelle befristet, obwohl man jetzt schon weiss, dass man weiterfahren muss. Arbeitsverträge, bei denen mehrere befristete Arbeitsverträge hintereinander abgeschlossen werden, sind Kettenarbeitsverträge. Der Kanton hat jahrelang damit gearbeitet. Das macht sich nicht gut als Arbeitgeber. Die Stadt Grenchen hat eine Vorbildfunktion. Man will gute Leute, aber es ist heutzutage extrem schwierig, gutes Personal zu finden. Das weiss der Gemeinderat, das wissen auch die GRK-Mitglieder. Mit einer Befristung schränkt man das Feld von vornherein ein. Hier muss man realistisch sein. Es werden sich weniger Kandidaten melden. Wer will schon eine Stelle, bei der er weiss, dass er in zwei Jahren wieder gehen muss. Man vergibt sich gewisse Chancen.
- 3.1.2.6 Gemäss Matthias Meier-Moreno spricht man hier nicht von einem Kettenarbeitsvertrag. Es handelt sich um eine Stelle mit einer erstmaligen Befristung. Ein Kettenarbeitsvertrag ist es dann, wenn man es wiederholt. Das hier ist jetzt etwas Neues, er sieht das Problem nicht.

Der Hauptantrag Ziff. 4.1 der Vorlage obsiegt gegenüber dem Antrag von Matthias Meier-Moreno mit 8 : 7 Stimmen.

Es ergeht folgender

- 4 Beschluss
- 4.1 Es wird eine neue Stelle Nr. 22 Sachbearbeiter/in EWK mit 50 Stellenprozenten ab 01.01.2021 geschaffen.
- 4.2 Damit beträgt der Stellenetat der Einwohnerkontrolle neu 420 Stellenprozente.
- 4.3 Die dazu notwendigen Besoldungskosten (Endklasse 8) sind im Budget 2021 enthalten.

Vollzug: FV, PA

FV
PA
EWK

0.2.2 / acs

SWG: Pflichtenheft und Vergütung für das Nominations- und Governance-Komitee (NGK)

Vorlage: KZL/03.11.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Bruno Heynen, Projektleiter, Binder Rechtsanwälte, fasst die Vorlage zusammen.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Nachdem die Corporate Governance Prinzipien und die Eignerstrategie der SWG erarbeitet wurden, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, stehen nun das Pflichtenheft sowie die Vergütung des Nominations- und Governance-Komitees zur Verabschiedung bereit. Die CVP-Fraktion steht klar zum eingeschlagenen Weg und wird an diesem festhalten. Dies bedeutet, dass sie dem vorliegenden Pflichtenheft zustimmen wird, welches zwei Experten vorschlägt. Diese haben die wichtige Aufgabe, den Verwaltungsrat zusammenzustellen, jährlich zu beurteilen, die Arbeit zu bewerten und zur Wieder- oder Nichtwiederwahl vorzuschlagen. Der Verwaltungsrat wird, wie durch den Gemeinderat gewünscht, nicht mehr politisch, sondern fachlich zusammengesetzt. Die Professionalisierung des Verwaltungsrats gelingt jedoch nur, wenn auch ein NGK eingesetzt wird, welches die Erfahrung mitbringt, fachlich ausgewiesene Verwaltungsräte zu finden, diese zu begleiten und zu bewerten. Dies gelingt aber nur, wenn zwei NGK-Experten angestellt werden, welche ihren Preis haben. Wenn nun aber wegen den zu hohen Kosten nur ein semiprofessionelles NGK angestellt werden soll, wird die Professionalisierung des Verwaltungsrats für immer ein Traum bleiben. Zugleich würde man damit auch die Eignerstrategie und die Corporate Governance Prinzipien in Frage stellen – „ausser Spesen nichts gewesen“! Die CVP-Fraktion ist nicht für halbe Sachen zu haben, daher stimmt sie auch der Vergütungsregelung des NGK zu.
- 2.2 Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Reto Gasser, dankt vorab Bruno Heynen für die Vorarbeit, die er geliefert hat. Es ist sicher keine einfache Sache, in einer Stadt wie Grenchen ein NGK vorzuschlagen, das es in dieser Form wahrscheinlich noch nie gegeben hat. So kommt die Vorlage aber auch daher. Es wirkt ein wenig wie ein Produkt aus der experimentellen Küche. Es geht bei dem Inhalt um zwei Fragen: Erstens, was soll das NGK überhaupt machen? Ist es das, was man im Rahmen der Corporate Governance Strategie festgelegt hat? Zweitens, wie hoch sollen die Kosten sein, die es zur Folge hat? Er musste beim Studium der Vorlage feststellen, dass bezüglich der Besetzung des NGK und der entsprechenden Kostenfolge wahrscheinlich eine gewisse Unsicherheit vorhanden ist.

Es werden drei mögliche Varianten vorgeschlagen. Zuerst ist die Maximalvariante 1 mit zwei unabhängigen Experten, zuunterst die abgespeckteste Variante 3, eine Verlegenheitsvariante, wo man Gemeinderäte hineinnehmen will. Hier ist die FDP-Fraktion klar der Meinung, dass man das Ganze unbedingt entpolitisieren muss. Daher wäre es ein Schritt zurück, wenn man, nur damit es möglichst günstig ist, Gemeinderäte hinein-delegieren würde, die zu einem Spottpreis nota bene professionelle Verwaltungsräte rekrutieren und coachen sollen. Das ist in den Augen der FDP sicher nicht der richtige Weg.

Das vorgeschlagene Konzept und das Pflichtenheft vermögen die FDP nicht restlos zu überzeugen. Es sind vor allem die Aufgaben des NGK. Was ihm ins Auge sticht, ist der enorme jährliche Zeitaufwand von 55 Stunden des Präsidenten des NGK, der jährlich 12 Stunden aufwenden muss, um die Verwaltungsräte zu evaluieren. Man will ja professionelle Verwaltungsräte, die sicher auch entsprechend. honoriert werden. Reto Gasser ist der Erste, der solche möchte, aber wenn er professioneller Verwaltungsrat wäre, möchte er nicht von einem NGK evaluiert werden und das jährlich. Das würde er als gewisses Misstrauen ihm gegenüber werten. In diesem Sinne findet er diesen Aufwand und überhaupt diese Position fragwürdig. Dann kommen die Gespräche mit den Verwaltungsräten betreffend eine allfällige Wiederwahl. Es war nicht die Idee des Erfinders, dass man alle Jahre wieder rekrutieren geht, sondern wenn man einen hat, der einem nicht passt, kann man ihm nach einem Jahr sagen, dass man ihn nicht mehr wählen will. Aber es ist sicher nicht nötig, alle Jahre ein Evaluations- und Wiederwahlgespräch zu führen, das den Präsidenten drei Stunden beansprucht. Wenn keine Negativmeldungen kommen, wird ein Verwaltungsrat wiedergewählt. Für die Beurteilung, welche Verwaltungsräte zur Wiederwahl vorgeschlagen werden, werden 4 Stunden veranschlagt. Das Konzept in Ehren, aber die Stundenzahlen scheinen Reto Gasser einfach aus der Luft gegriffen. Es wird ein Gesamtkonzept erstellt, ein Stundenansatz von CHF 230.00 plus MwSt. genommen und dann festgelegt, dass das jetzt alle Jahre CHF 14'000.00 kostet. Beim Mitglied des NGK, das der Beisitzer ist, weiss er auch nicht so genau, weshalb dieser 12 Stunden für die Suche neuer Verwaltungsräte braucht, wenn der Präsident ebenfalls schon 12 Stunden für die Suche neuer Verwaltungsräte aufwendet und das nota bene alle Jahre! Das kostet zusammengerechnet CHF 21'000.00 pro Jahr bzw. CHF 84'000.00 pro Legislatur. Aus Sicht der FDP ist das Konzept erstens vom Inhalt her nicht restlos durchdacht und zweitens von den Kosten her völlig überschüssend. Die FDP-Fraktion wird auf das Geschäft eintreten, es aber zur Neuüberbearbeitung zurückweisen.

- 2.2 Wie Gemeinderat Alexander Kaufmann ausführt, benötigt es im Zuge der Eignerstrategie und der Leistungsvereinbarung mit der SWG das neue Gremium Nominations- und Governance-Komitee (NGK). In diesem Zusammenhang müssen auch das Pflichtenheft und die Honorarleistungen (Vergütungen) innerhalb des NGK geregelt werden. Die vorgeschlagene Summe von CHF 21'000.00 scheint gegenüber den Gegenvarianten hoch auszufallen, ist jedoch in Anbetracht der Aufgaben des Komitees und deren Mitglieder gerechtfertigt. Die Gemeinderatskommission hat die Stunden und das Profil auch genau angeschaut und diskutiert, ob es dies wirklich braucht. Man kam dann zum Schluss und das ist eine Tatsache, dass die SWG mit der Einführung der Eignerstrategie und der Leistungsvereinbarung von einem „Mittelklassewagen“ zum „Oberpreisklasse-Segment“ wechselt. Das muss man sich bewusst sein. Die gewählte Professionalisierung des Verwaltungsrates der SWG verlangt nach Qualität und Fachwissen derer Mitglieder.

Das Suchen und Vorschlagen der VR-Anwärter, die jährliche Beurteilung der Unabhängigkeit der VR-Mitglieder und die regelmässige Überprüfung der Governance-Regeln der SWG sind die Hauptaufgaben des NGK. Dieses Anforderungsprofil an die NGK-Mitglieder rechtfertigt die vorgeschlagenen Vergütungen gemäss Vorlage. In der Gemeinderatskommission wurde auch noch von einer Gesamtpauschale, von einem Kostendach gesprochen. Das ist etwas, das man ebenfalls prüfen müsste. In welche Richtung es gehen soll, hat man noch offengelassen. Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge gemäss Beschlussesentwurf.

- 2.3 Laut Gemeinderat Fabian Affolter hat die SVP-Fraktion die Vorlage eingehend diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass sie die Zusammensetzung des NGK gemäss Variante 3 sieht. Ihr ist klar, dass Erfahrungen fehlen, wenn man das NGK mit Gemeinderäten besetzt, aber ihr ist sehr wichtig, dass die Verwurzelung zu Grenchen nicht verloren geht. Zudem spricht man hier im Rat immer wieder vom Geldsparen. Die Vorredner haben erwähnt, was es pro Jahr und pro Legislatur kosten wird. Aus diesem Grund befürwortet die SVP am ehesten Variante 3, sie kann aber auch sehr gut mit dem Antrag der FDP leben sprich mit einer Rückweisung des Geschäfts. Die SVP ist für Eintreten.
- 2.4 Vize-Stadtpräsident Remo Bill ist enttäuscht von der Vorlage. Er war nicht in der Gemeinderatskommission, als das Geschäft vorberaten wurde. Er kann den Antrag der FDP auf Rückweisung des Geschäfts unterstützen. Für ihn ist das Ganze ein wenig schwammig formuliert und mit den vorgeschlagenen Stunden bekundet er ebenfalls Mühe. Wie es Reto Gasser vorhin erwähnt hat, muss man das Ganze nochmals überlegen, auch das Pflichtenheft. Man kann nicht in einer Vorlage mit drei Varianten kommen und den Gemeinderat fragen, was er will, sondern man muss mit einer Variante kommen, die in sich schlüssig ist.
- 2.5 Wenn der Gemeinderat, so François Scheidegger, das Geschäft an die Verwaltung zurückweist, wird man das Ganze nochmals überlegen. Variante 3 kann nicht die Idee sein. Das wäre wieder zurück auf Feld eins und eine grosser Rückschritt Richtung Politisierung. Genau das wollte man ja nicht mehr. Darum braucht es das NGK. Beim NGK ist die Idee, dass ein neutrales Fachgremium dem Gemeinderat Vorschläge unterbreitet. Der Gemeinderat sagt dann, ob es ihm passt oder nicht. Ist er dagegen, muss das NGK einen neuen Vorschlag bringen. Wenn das jetzt wieder der Gemeinderat machen soll, ist man gleich weit wie vorher. Das macht einfach keinen Sinn. Eigentlich hätte man das gar nicht auflisten sollen. Dass jetzt verschiedene Varianten in der Vorlage aufgezeigt werden, rührt nicht von Bruno Heynen her. Er ist ganz klar mit einer Variante in die Gemeinderatskommission gekommen. Er hat später noch weitere mögliche Varianten nachgeliefert und selbstverständlich wollte man diese dem Gemeinderat nicht vorenthalten.
- 2.6 Reto Gasser präzisiert, dass er die Vorlage nicht nur zur Überarbeitung zurückweisen will, sondern er möchte, dass man nochmals über die Bücher geht. Das NGK gibt es, das hat man so beschlossen, daran wird nicht gerüttelt, aber man sollte einfach das Konzept anders aufziehen. Er macht hier Bruno Heynen keinen Vorwurf, welcher den Auftrag erhalten hat, einmal etwas ins Blaue hinaus zu machen. Vielleicht ist auch der Gemeinderat ein wenig selbst schuld. Da er selbst ohne Vorstellung ist, musste Bruno Heynen jetzt quasi etwas erfinden. Jetzt merkt man, dass dies wohl nicht im Sinne des Erfinders ist. Das sieht man auch, wenn man in die Runde schaut. Die einen wollen die volle Luxusvariante, weil sie denken, dass es für einen super Verwaltungsrat auch ein super NGK braucht. Hier überschießt man dann wahrscheinlich ein wenig.

Auf der anderen Seite wird gesagt, dass es Leute von Grenchen sein müssen, am besten Gemeinderäte und möglichst günstig. Damit ist man wieder dort, wo man vorher war. Verfolgt man die Diskussion im Rat, sieht man, dass man völlig im Dunkeln tappt und so tut, als wäre man sicher für eine Lösung, aber man ist es überhaupt nicht.

Reto Gasser hört gerne noch die Erklärungen von Bruno Heynen, wie er darauf gekommen ist. Er denkt, dass man bezüglich NGK wirklich nochmals zurück auf Feld eins muss und eine neue Version erarbeiten sollte. Das ist von ihm ausgesehen das einzig Richtige. Er bestätigt, dass er damals nicht in der GRK-Sitzung war.

- 2.7 Bruno Heynen hat das nicht so gesehen, dass er ein Konzept ins Blaue hinaus machen muss. Wenn man die vom Gemeinderat erlassenen Corporate Governance Prinzipien (CGP) liest, findet man dort jede Aufgabe des Pflichtenhefts. Man soll ihm eine Aufgabe zeigen, wo man nicht den Beleg in den CGP findet. Es ist nichts Zusätzliches drin und nichts ins Blaue hinaus gemacht worden. Wenn der Gemeinderat ihm sagt, dass er mit einem neuen Konzept kommen soll, dann muss dieser zuerst die CGP anpassen. Seine Aufgabe als Projektleiter ist es, die CGP umzusetzen. Er spricht jetzt noch nicht vom Zeitaufwand und von der Vergütung, aber was hier in den Aufgaben beschrieben ist, wurde im Grundsatz eins zu eins aus den CGP übernommen und aufgelistet.

Beim Präsidenten und Mitglied des NGK ist die Überlegung, dass man Spezialisten will. Es braucht einen Experten im Bereich CGP, der weiss, wie man einen Verwaltungsrat beurteilt, und jemanden, der bei der Personensuche drauskommt. Es wird wohl schwierig, dies in einer einzigen Person zu finden. Deshalb hat er sich überlegt, dass der Präsident am besten der CGP-Experte ist und den grössten Teil der Arbeit macht und man ihm ein zusätzliches Mitglied zur Seite stellt, das aus dem Bereich Executive Search kommt und weniger Stunden hat. Damit hat man ein sich ergänzendes Zweier-Team.

Betreffend zeitlicher Aufwand und Kosten ist die jährliche Evaluation (s. Aufgabe 2, Punkt 1) beim Präsidenten mit 12 Stunden und beim Mitglied mit 5 Stunden der grösste Teil. Hier stellt sich die Frage, ob eine Beurteilung jährlich sein muss. Das muss nicht sein, das kann man auch nur alle zwei oder drei Jahre machen. Es ist heute Best Practice, dass ein Verwaltungsrat jedes Jahr beurteilt wird. In der Praxis macht das nicht das NGK, sondern der Verwaltungsrat selbst, da es bei börsennotierten Unternehmen gar niemand anderen gibt, der diese Aufgabe übernehmen kann. Bei privaten oder öffentlichen Unternehmungen hat es wenige Eigner, so dass man jemanden einsetzen kann, der die Beurteilung vornimmt. Die Selbstbeurteilung des Verwaltungsrats ist eine Notlösung. Die jährliche Beurteilung ist Best Practice. Man kann aber sagen, dass man es nur alle zwei Jahre macht, und so Geld sparen. Das ist immer noch verantwortbar, aber nicht mehr Best Practice.

Der zeitlichen Aufwand bezüglich Suche neuer Verwaltungsräte wurde beim Präsidenten mit 12 Stunden und beim Mitglied mit 12 Stunden (s. Aufgabe 2, Punkt 5) veranschlagt, insgesamt 24 Stunden oder 3 Tage Arbeit. Dazu ist zu sagen, dass die 24 Stunden nicht reichen würden, wenn man in einem Jahr mehrere Verwaltungsräte suchen, Bewerbungen sichten und zwei, drei Interviews durchführen müsste. Hier ist die Annahme, dass man nur jedes zweite und dritte Jahr Leute suchen muss, so dass ein Durchschnitt angenommen wurde. Da die Amtsperiode des NGK vier Jahre beträgt, hat er versucht, auf eine Durchschnittspauschale zu kommen.

- Eine andere Frage ist, ob man eine Pauschale nimmt oder ob nach Aufwand abgerechnet werden soll. Der Vorteil einer Pauschale ist, dass man weiss, was es kostet. Wird nach Aufwand verfahren, ist es einmal mehr und einmal weniger. Hier besteht die Gefahr, dass mehr Aufwand betrieben wird, weil man so mehr Geld verdienen kann. Deshalb hat er den Vorschlag mit der Pauschale gebracht.
- 2.8 Laut François Scheidegger ist das Thema für alle Neuland. Er hat persönlich kein Problem, das Geschäft zurückzunehmen und nochmals Überlegungen anzustellen. Er kann die Kritikpunkte nachvollziehen, ihm geht es auch ein wenig so. Ist das wirklich ausgereift? Er verweist auf Ziff. 6.3 Abs. 7 der Corporate Governance Prinzipien der SWG (CGP): „*Das NGK beurteilt jährlich die Unabhängigkeit der Mitglieder des Verwaltungsrates sowie die Arbeit des Verwaltungsratsgremiums als Ganzes und seiner einzelnen Mitglieder und sorgt dafür, dass Schwachpunkte angegangen werden.*“ Das hat er immer im Sinne eines Monitorings verstanden, und sicher nicht so, dass man jedes Jahr mit jedem Verwaltungsrat ein Gespräch führt. Er geht auch davon aus, dass das hochqualifizierte Leute sind. Wenn man solchen Leuten sagt, dass sie jedes Jahr ein solches Prozedere über sich ergehen lassen müssen, interessiert sie das Mandat vielleicht nicht mehr. Man muss das Ganze schon in Relation setzen und nochmals überlegen. Er glaubt, dass man dazu noch Zeit hat.
- 2.9 Bruno Heynen bestätigt dies und ist gerne bereit zu versuchen, etwas anderes zu machen, das am Schluss weniger teuer ist.
- 2.10 François Scheidegger geht es nicht um die Kosten. In der Gemeinderatskommission hat Gemeinderat Robert Gerber sehr treffend gesagt, dass die Aufgabe, die der Präsident hat, mit einem Headhunter zu vergleichen ist. Es wissen alle, was ein Headhunter kostet. Das sind schnell einmal CHF 20'000.00 bis CHF 30'000.00 pro Fall, je nachdem, wen man suchen muss. So gesehen ist es nicht überzahlt. Es kommt immer darauf an, welchen Blickwinkel man einnimmt. Schaut man es aus der Optik einer Kommission an, muss man sagen, dass es wahnsinnig ist.
- 2.11 Gemeinderat Daniel Hafner gibt zu bedenken, dass alle hier keine Spezialisten sind. Man hat Massnahmen verlangt, CGP verabschiedet und staunt jetzt, was aus diesem Prozess resultiert. Wenn man eine gewisse Qualität möchte, hat das seinen Preis. Er ist schon etwas erstaunt. Die SP hat die Kosten ebenfalls diskutiert. Man hat gehört, dass es Best Practice ist. Er würde sich nicht herausnehmen, die entsprechenden Arbeiten von Bruno Heynen derart zu qualifizieren, weil ihm die Kompetenzen fehlen. Bruno Heynen hat dem Gemeinderat aufgezeigt, wie das im Normalfall so abläuft. Der Gemeinderat muss sich einmal bewusst werden, was er eigentlich will. Wenn man das Beste will, muss man auch bereit sein, dem Experten zu hören und das Beste zu wählen. Man kann das jetzt so zurückweisen. Ihn würde interessieren, was Bruno Heynen noch für Varianten hat. Dieser kann jetzt sagen, dass er eine Variante herausucht, die den Wünschen des Gemeinderates gerecht wird. Aber was sind die Wünsche des Gemeinderates? Die Wünsche des Gemeinderates sind eigentlich, dass man das auf kompetentem Weg nach Qualitätsprinzipien hinbekommt. Wenn man jetzt anfängt, den Entscheid zu relativieren, nur weil man sieht, was es kostet, macht man sich etwas lächerlich.
- 2.12 Wenn der Gemeinderat, so François Scheidegger, von der Lösung nicht überzeugt ist, macht es nichts, wenn man noch einmal darüber nachdenkt. Es ist für ihn auch Neuland. Er hat damit kein Problem.
- 2.13 Bruno Heynen versichert, dass er gerne mithilft. Aber er möchte nicht, dass man ihn ins stille Kämmerlein schickt und er alleine etwas Neues bringen muss.

Sein Vorschlag wäre, dass man mit mehreren Gemeinderäten (GRK-Mitgliedern oder anderen Gemeinderäten) zusammensitzt, Überlegungen anstellt und zusammen etwas Neues bringt. Das wäre effizienter als wenn er wieder mit etwas Neuem kommt und das nachher wieder verrissen wird. Man sollte gemeinsam eine Variante suchen, die besser ist.

- 2.14 Alexander Kaufmann kann das Votum von Bruno Heynen unterstützen. Sonst bringt die Übung gar nichts. Es muss gemeinsam passieren, ob hier im Gemeinderat oder in der Gemeinderatskommission, sei dahingestellt, das muss der Gemeinderat entscheiden. Wenn das Geschäft noch nicht beschlussreif ist, muss es halt nochmals in die Gemeinderatskommission, damit man es anschauen kann. Erst danach soll es wieder dem Gemeinderat unterbreitet werden. Er hofft wirklich, dass dann alle dahinter stehen können.
- 2.15 Für Reto Gasser gibt es bei einer Rückweisung der Vorlage verschiedene Möglichkeiten: Eine Möglichkeit ist, Bruno Heynen zu beauftragen, und dieser stellt eine Arbeitsgruppe mit Leuten aus dem Gemeinderat oder der Gemeinderatskommission zusammen. Eine andere Möglichkeit wäre, eine Second opinion einzuholen, anstatt es nochmals Bruno Heynen zu geben, der schon so lange in das Ganze involviert ist. Dadurch hätte man jemanden, der noch eine andere Sicht, eine Aussensicht hineinbringen könnte. Vielleicht kommt die Person auf das gleiche Resultat wie Bruno Heynen. Dann kann sich der Gemeinderat selbst an den Ohren nehmen, weil es doppelte Kosten generiert hat. Es würde vielleicht wirklich nicht schaden, wenn man noch jemand anderen konsultieren würde. Würde man heute einen Beschluss fassen, wäre es kein überzeugender. So wie Meinungen im Rat sind, würde man wohl eine Mehrheit hinkriegen, es wäre aber nicht einstimmig und schade für alle die Bemühungen, die man in den letzten zwei Jahren unternommen hat.
- 2.16 Matthias Meier-Moreno bemerkt, dass man den Fünfer und das Weggli herausholen will. Das geht aber nicht. Der Gemeinderat hat sich selbst Handschellen angelegt, indem er beschlossen hat, dass er die Verwaltungsräte jedes Jahr neu wählt. Das hat zur Folge, dass es Kosten beim NGK generiert, welches das überprüfen muss. Er bittet den Gemeinderat, das Papier genau zu lesen und sich zu informieren. Er weiss, dass es komplex ist. Man hat beschlossen, dass es in diese Richtung gehen soll und jetzt kostet es halt auch etwas. Es bringt nichts, wenn man konträre Meinungen hat, man muss zusammen einen Konsens finden. Es ist die Stärke dieses Rats, dass man immer eine Lösung findet. Deshalb kann er auch zustimmen, dass man die Vorlage zurücknimmt und es nochmals miteinander diskutiert. Es wird eine Lösung sein, wo es nicht den Fünfer und das Weggli gibt, sondern irgendetwas dazwischen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Beschluss

- 3.1 Die Vorlage wird zurückgewiesen.

Vollzug: KZL/Stadtschreiberin

Stadtschreiberin
SWG

8.7.0 / acs

Personalkommission: Bestätigung eines Mitglieds (Vorschlag VSPB: Christine Schneeberger)

Vorlage: KZL/02.11.2020

- 1 Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger verweist auf die Vorlage.
 - 1.2 Anne-Catherine Schneeberger, Kanzleichefin, Präsidentin Personalverband der Stadt Grenchen, gibt ergänzende Erläuterungen.

- 2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

- 3 Detailberatung
 - 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

- 4 Beschluss
 - 4.1 Christine Schneeberger wird als Vertreterin des VSPB für den Rest der Amtsperiode 2017 - 2021 als Mitglied der Personalkommission bestätigt.

Zu eröffnen an: - Christine Schneeberger, Simplonstrasse 6, 2540 Grenchen
- Marc Hauser, Präsident VSPB, Zelgweg 14, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnung)

PA
PK
KZL (Behördenverzeichnis)

0.1.8 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 GV-Motion Elias Meier „Grenchner Trinkwasser schützen - mir hebe Sorg zum Wasser“ (GRB 2621/12.05.2020): Weiterzug ans Verwaltungsgericht

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger orientiert, dass Elias Meier gegen die Verfügung des Bau- und Justizdepartements vom 26. Oktober 2020 Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht hat.

2 Gemeindeversammlung vom 2. Dezember 2020

- 2.1 Gemeinderätin Angela Kummer erkundigt sich, ob die nächste Gemeindeversammlung durchgeführt wird. Als Alternative könnte eine Urnenabstimmung nach den Vorgaben der CorGeV 2 durchgeführt werden.
- 2.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger findet Gemeindeversammlung vom 2. Dezember 2020 statt und die Organisation ist bereits angelaufen. Die Publikation der Einladung erfolgt am Donnerstag, 19. November 2020 im Grenchner Stadtanzeiger. Gemeindeversammlungen gelten als Veranstaltungen im Sinne von Art. 4 Abs. 1 Covid-19-Verordnung besondere Lage. Sie können weiterhin im ordentlichen Rahmen (also: physisch vor Ort) durchgeführt werden. Es ist ein Schutzkonzept mit u.a. Hygienemassnahmen nötig. Da die Versammlungen öffentlich sind, müssen ohnehin Masken getragen werden, ausgenommen sind die jeweiligen Redner. Es müssen Kontaktdaten erhoben werden. Für eine Urnenabstimmung bracht es eine Vorlaufzeit von mehreren Wochen. Ein Nachteil ist auch, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger keine Anträge stellen können.

3 Budget 2021: Weiteres Vorgehen

3.1 Beschluss

- 3.1.1 Dr. Thomas Gfeller, ehemaliger Projektleiter strategisches Leitbild KOMPASS, wird anfragt, der Stadt Grenchen einen Vorgehensvorschlag und ein Angebot betreffend Moderation der GR-Workshops „Strukturelle Defizite“ im 2021 zu unterbreiten.
- 3.1.2 Das Geschäft wird für die GRK-Sitzung vom 16. Dezember 2020 traktandiert (Projektplan, Nachtragskredit).

VERTRAULICH